

Zeitschrift: Der schweizerische Republikaner

Herausgeber: Escher; Usteri

Band: 3 (1799)

Rubrik: Gesezgebung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der schweizerische Republikaner

herausgegeben

von Escher und Nücker

Mitgliedern der gesetzgebenden Räthe der helvetischen Republik.

Band III.

Nº. LXIV. Luzern, den 7. Mai 1799. (8. Floreal. VII.)

Gesetzgebung.

Großer Rat, 1. Mai.

(Fortsetzung.)

Secretan sieht wohl in diesem Antrag die Sorgfalt des Senats für die Ruhe der Republik, allein, wann wir zuviel Acht darauf schlagen, so gehen wir über die Linie der Constitution hinaus, und machen zugleich dem Direktorium eine Art Vorwurf über Ver nachlässigung der Sicherstellung der Republik, da wir doch nicht wissen, ob es denselben verdient. Eine Commission niedersetzen, um geschwind Polizeigesetze zu entwerfen, ist heinähe lächerlich, weil dieses den weitausfigsten und schwierigsten Theil der Gesetzgebung ausmacht; daher sollten wir einstweilen nichts thun, oder höchstens eine sehr allgemeine Einladung über diesen Gegenstand ans Direktorium absenden. Escher ist ungefähr gleicher Meinung, und glaubt, eine solche Einladung sei um so viel überflüssiger, da das Direktorium schon bei der letzten Bevollmächtigung die Aufforderung erhielt, die Polizei in die grösste Betriebsamkeit zu setzen. Ueberdem ist jene Bevollmächtigung in 10 Tagen zu Ende, dann werden wir also Rechenschaft über den Gebrauch derselben erhalten, und auch zugleich in den Fall gesetzt, eine allfällige neue Bevollmächtigung so zu bestimmen, auszudehnen, oder zu beschränken, wie die Umstände es ertheilen werden; in dieser kurzen Zwischenzeit aber dürfen wir für unsere Sicherheit ruhig seyn, da das Direktorium nun von einem franken General über die Sicherstellung Luzerns berathen ist; folglich können wir in jeder Rücksicht nicht in die Einladung des Senats eintreten. Nüce denkt, Rüstweckung in Zeiten von Gefahr sei zweckmäßig und Dankes wert, und so werde uns auch das Direktorium dafür danken; denn da es so sehr beschäftigt ist, so kann es nicht auf alles Aufsicht haben, und wahrlich Polizei ist in solchen Zeiten nothwendig; er fordert also eine Commission, die sogleich eine solche Einladung entwerfe. Schöch wundert sich über Secretan und Escher, und denkt, wie sollten über unsere Schlaftrigkeit eröthen; er stimmt also

Nüce bei. Cartier ist gleicher Meinung, und weiß schon zum voraus, daß das Direktorium diese Einladung gütig aufnehmen, und sie zur Thatigkeitsermahnung für seine Unterbeamten benutzen wird. Nüces Antrag wird angenommen, und in die Commission geordnet: Secretan, Nüce und Cartier.

Das Direktorium übersendet folgende Bothschaft: Das Vollziehungsdirektorium der helvetischen einen und untheilbaren Republik an die gesetzgebenden Räthe.

Bürger Gesetzgeber!

Da die alten Gesetze, in Betreff der Polizei über die Straßen, die Kraft verloren haben, und da die provisorischen Anordnungen des Gesetzes von verschiedener Seite gegen den Grundsatz der Gleichheit verstoßen, so werden sie noch immer fort auf alle Art ungestraft übertreten. Wofern man nicht schleinig vorbiegt, so erfolgt daher nothwendig gänzliche Zugrunderichtung der Straßen.

Auf diese verderblichen Folgen hatte euch das Direktorium bereits schon durch seine Bothschaften vom 20ten Febr. No. 11, und vom 18. Merz No. 10 aufmerksam gemacht. Da ihr euch, wie es scheint, bis auf jetzt damit nicht habet beschäftigen können, und da inzwischen die Unterhaltung der Straßen mit jedem Tage schwieriger wird, so ladet es euch ein, endlich einmal über diesen in jeder Rücksicht so wichtigen Gegenstand einen entscheidenden Beschluß abzufassen.

Republikanischer Gruß.

Der Präsident des vollziehenden Direktoriums,

B a y.

Im Namen des Direktoriums, der Gen. Gehr.

M o u s s o n.

Ackermann fordert Verweisung an die Begleitmission, welche über diesen Gegenstand bis Montag

ein Gutachten vorlegen soll. Escher gesteht, daß er einstweiliger Präsident der Straffencommission ist, dagegen aber hat er keinen Begriff, wie in dem gegenwärtigen Augenblick, besonders aber wie bis Montag eine endliche Bestimmung über die Straßen vorgelegt werden kann; denn um diesen Gegenstand zu behandeln, müssen wir erst wissen, wie es mit den Zölle jeder Art gehalten seyn soll, und da nun die Zölle einstweilen eine ganz andere Bestimmung haben, so kann gar nicht in den Gegenstand eingetreten werden, und das Direktorium hat die Pflicht auf sich, unsere beiden Gesetze, die wir über Verbesserung und Unterhaltung der Straßen gegeben haben, zu vollziehen, bis wir andere Gesetze hierüber gemacht haben; also muß diese Bothschaft blos einfach an die Straffens-Commission gewiesen, und derselben, statt des abversenden B. Haas, ein anderes Mitglied beigeordnet werden.

Bourgeois stimmt Eschern ganz bei. Akermann glaubt, die Commission sollte wenigstens über die Nebenstraßen einstweilen ein Gutachten vorlegen. Wyder stimmt Eschern bei, und wünscht, daß das Direktorium die bisherigen Straffengesetze in Vollziehung bringe. Desloes wundert sich über diese Bothschaft, weil die alten Gesetze nicht aufgehoben werden können, bis ein ganz neues Straffensystem eingeführt werden kann, und dieses ist nun durchaus unmöglich; er stimmt also Eschern bei. Dieser Antrag wird angenommen, und der Commission Spengler beigeordnet.

Die eben ernannte Commission legt folgende Abfassung der Einladung ans Direktorium vor:

An den Senat.

In Erwagung, daß die gefahrvolle Lage, in welcher sich das Vaterland befindet, von Seite der Regierung die genaueste und anhaltendste Aufmerksamkeit erforderet.

In Erwagung, daß verschiedene Thatsachen anzeigen, daß die Polizeibeamten ihre Pflichten nicht allzu sorgfältig erfüllen; so sieht man z. B. Landstreicher und Emissarien unserer Feinde sich in Helvetien und selbst in das Hauptort der Sitzungen der Gewalten einschleichen; so scheint das Gesetz über die Pässe äußerst schlecht vollzogen zu werden, so werden Freiheitsmordende Schmähchriften in verschiedenen Gegenden mit Verschwendung verbreitet;

Aus diesen Gründen hat der grosse Rath nach eklärter Dringlichkeit beschlossen: das Direktorium einzuladen, die strengste und wachsamste Polizei sowohl in Helvetien überhaupt, als besonders in der Stadt Luzern in Thatigkeit zu setzen.

Diese Bothschaft wird mit Dringlichkeitserklärung angenommen.

Das Kantonegericht von Bern fragt, ob die über

die im Anfang Merz 1798. begangenen Vergehen verhängte Amnistie sich auch auf die Beraubung des Schlosses Erthalenwald ausdehnen soll. Auf Blatmanns Antrag wird diese Zuschrift der hierüber niedergesetzten Commission zugewiesen, und derselben German beigeordnet.

B. Gruker von Strasburg, der schon 30 Jahr in Helvetien sich mit der Erziehung beschäftigt, fordert das Bürgerrecht. Auf Cartier's Antrag geht man auf das Gesetz begründet zur Tagesordnung.

B. Servet, Quartierkommandant im Sennis, bittet um Gnade für die Waruhäusler in den Distrikten Mesnang und Flahwyl. Man geht auf Schlumpf's Antrag zur Tagesordnung.

Weibel Helfer in Freiburg fordert hinlängliche Besoldung.

Akermann fordert Verweisung aus Direktorium. Carrard fordert Verweisung an die Besoldungskommission. Dieser Antrag wird angenommen.

Der Müller Gygly von Landshut im Kanton Bern, fordert Verminderung der Loskauffsumme des auf seiner Mühle haftenden Lehenzinses. Cufor fordert Verweisung an die Lehenzinskommission. Cartier fordert Tagesordnung. Tomini begeht diese Bittschrift dem Direktorium zuzuweisen. Man geht zur Tagesordnung.

B. Bachelaß, Distriktsgerichtsschreiber von Neus im Leman, wünscht, daß sein Sohn ohne Prüfung das Notariat antreten könne. Man geht zur Tagesordnung.

Die Gemeinde Siders im Wallis fordert Abschaffung einiger Weidrechte. Die Bittschrift wird der hierüber niedergesetzten Commission zugewiesen.

Christian Gilgian, im Distrikt Laupen, recurirt in einer gedruckten Zuschrift an die Gesetzgebung gegen eine wiederrechtliche Bevölkerung. Auf Secretans Antrag wird diese Bittschrift einer aus den B. Gräfenried, Nellstab und Moos bestehenden Commission zugewiesen.

Elisabeth Salzmann im Niederemmenthal, die seit 4 Monaten Witwe ist, wünscht wieder heusrathen zu dürfen. Man geht zur Tagesordnung.

Löpfer Staub in Langenthal fordert Bezahlung seiner in das Direktorium gelieferten Arbeit. Die Bittschrift wird dem Direktorium zugewiesen.

J. G. Meyer von Neschau wünscht seiner versorbenen Gattin Schwester heyrathen zu dürfen. Man geht zur Tagesordnung.

Kuhn sagt: gestern sey er für einige Augenblicke von der helvetischen Armee hieher gekommen, und könne den Eifer der Truppen des Kantons Zürich, Thurgau und Sennis nicht genug rühmen, aber es ist auch von dieser Seite Hilfe nötig, und diese besteht in Geld; denn viele Truppen haben seit 4 Wochen kein Gold, und dadurch sind die Bewohner der Grenz-

Kantone äusserst gedrängt; und obgleich sie diese Last mit edlem Patriotismus und Ergebenheit tragen, so ist doch Hülfe nöthig, um der Hungersnoth zuvorzukommen; die Regierungsstatthalter des Sennens, Zürichs und Thurgaus sind besonders eifrig für die Erhaltung der Ruhe und Ordnung.

Müe dankt allen diesen wackeren Vaterlandsvertheidigern für ihren Eifer, und fodert ehrenvolle Meldung — aber Geld, dieß denkt er, soll das Vollziehungsdirektorium besorgen, denn uns geht kein Geld ein. Cartier dankt Kuhn für seinen Eifer, mit dem er die Ordnung in die helvetische Armee gebracht hat, glaubt aber, wir sollten es hierbei nicht beenden lassen, sondern das Direktorium einladen, die Bedürfnisse der Armee zu besorgen. Kuhn ist überzeugt, daß das Direktorium auf seinen Bericht hin eifrigst sorgen wird, und daß also die Einladung überflüssig ist, aber er wünscht, daß seine Anzeige dahin benutzt werde, den Finanzanträgen des Direktoriums jedesmal mit Dringlichkeit zu entsprechen. Die ehrenvolle Meldung der benannten Truppen und Regierungsstatthalter wird erkennt.

Senat, 1. Mai.

Präsident: Mittelholzer.

Der Beschluss wird verlesen und angenommen, der das Direktorium einlädt, das unterm 3ten März beschlossene Kriegsgesetz, in den 3 Sprachen mit möglichster Beförderung drucken, und den Behörden austheilen zu lassen.

Muret legt im Namen einer Commission einen Bericht über den Beschluss vor, der das peinliche Gesetzbuch enthält, und rath zur Annahme desselben.

Der Bericht wird für 3 Tag auf den Kanzleitisch gelegt.

Dolder legt im Namen einer Commission über den Beschluss, der die Munizipalbeamten von dem Kriegsdienste ausnimmt, folgendes Gutachten vor:

Bürger Repräsentanten!

Dieser Beschluss hat bei seinem ersten Anblif etwas so billiges, so nützliches und so nothwendiges, die gestrige Stimmung des Senats war über das so allgemein zu dessen Annahme, daß es eure Commission nur mit Schüchternheit, doch mit völliger Überzeugung wagt, euch einhellig dessen Verwerfung anzurathen. Die Verwerfungsgründe sind folgende:

In ganz Helvetien sind gegenwärtig nach dem Gesetz die Munizipalitäten gewählt, einige aufrührerische Orte ausgenommen; nun fragt es sich, soll die vor uns liegende Ausnahme auf die künftigen oder auf die schon gemachten Wahlen angewandt werden. Im ersten Fall findet eure Commission den Beschluss

weder dringend noch vollständig genug, um selben annehmen zu können; im letztern Fall aber, nämlich wenn selbe auf die schon gemachten Wahlen sollte ausgedehnt werden, so wäre dieß allein der Commission schon Verwerfungsgrund genug, indem in keinem Fall ein Gesetz rükwirkende Kräfte haben kann noch soll.

Der 2te Art. des Gesetzes vom 13. Dez. nimmt vom Militärdienst aus, alle jene Personen, welche für den Gang der gesetzgebenden, vollziehenden, verwaltenden und gerichtlichen Geschäften ganz unentschuldigt sind; eure Commission ist überzeugt, daß auch die Munizipalbeamten durch die Wichtigkeit ihrer Arbeiten, und durch ihren Einfluß auf die gute Ordnung und Ruhe der Gemeinden wichtig, und eine solche Ausnahme verdienen; allein euerer Aufmerksamkeit Bürger Repräsentanten, kann es unmöglich entgehen, daß wann das Gesetz ohne Ausnahme, alle Munizipalbeamten vom Militärdienst befreit, so würden gewiß in Zukunft die reichen unverheiratheten Bürger, Söhne von Kapitalisten, Kaufleuten, Fabrikanten, Wirthen, Müller und die große Güter besitzen, sich Kenntniß und Patriotismus genug zu trauen, um Munizipalstellen zu versehen, sie werden durch allerhand Mittel es dahin bringen, daß sie an diese Stellen erwählt werden, und dann ist ihr wahrer Endzweck, dem Militärdienst sich zu entziehen, erreicht; der Nachtheil, so eure Commission hierin sieht, ist sehr groß, dann einerseits würden dadurch dem Militärdienst eine große Anzahl Vaterlandsvertheidiger entzogen, anderseits würden dadurch die Munizipalstellen in die Hände junger unverheiratheter Bürger kommen, welche doch von gesetztem Alter und durch Verheirathete gewiß besser besorgt würden.

Eure Commission glaubt daher, euch die Verwerfung des gegenwärtigen Beschlusses anrathen zu müssen, so wie sie hingegen mit allen Freuden zur Annahme gestimmt hätte, wann die Ausnahme oder Befreiung vom Militärdienst sich nur auf die Munizipalbeamten, welche verheirathet und das Alter von 30 Jahren erreicht haben, erstreckt hätte.

Stokmann verlangt, daß der Beschluss sogleich verworfen werde. Erneuer glaubt, die Achtung die wir den Wahlen des Volks schuldig sind, die Wichtigkeit der Munizipalstellen und die Klugheit rathein vielmehr zur Annahme des Beschlusses. Die Souveränität des Volks äußert sich unmittelbar bei den Munizipalwahlen; wir dürfen des Volkes Zutrauen nicht stören; die Munizipalen, denen die Besorgung der Polizei obliegt, sind unter den gegenwärtigen Umständen höchst wichtige Beamte; wenn auch jene Wahlen zum Theil auf junge Leute fielen, so findet sich im Ganzen auch mehr Patriotismus bei den jungen Bürgern als bei den alten; man sagt freilich, es soll

zt alles auf die Grenzen, aber man vergibt den furchtbaren Feind, der im Innern schleicht; — bei weitem sind nicht alle Wahlen auf die reichen Bürger gefallen. — Vor allem aber sollen wir die Souverainität des Volks nicht einschränken! Er stimmt zur Annahme.

Usteri hält dafür, der Beschluss sei eigentlich ganz überflüssig, und die Frage, die er entscheiden soll, schon durch das Gesetz vom 13ten Dez. entschieden; dieses nimmt vom Militardienst die Bürger aus, welche für den Gang der gesetzgebenden, vollziehenden veraltenden und gerichtlichen Geschäfte ganz unentbehrlich sind. — Wer sind nun diese Bürger? ohne Zweifel zuerst alle constituirten Gewalten, nachher die diesen unentbehrlichen Schreiber u. s. w. die Municipalen gehören auf jeden Fall unter jene, und sind also schon durch das Milizgesetz vom Militardienst ausgenommen.

Zaslin findet, das Gesetz vom 13ten Dez. sei nicht klar genug hierüber; die Municipalbeamten sind darin nicht genannt, und können es freilich auch nicht, weil das Gesetz, durch das sie bestehen, noch nicht vorhanden war; er unterstützt die Commission, die eine motivierte Verwerfung antritt, und Vorschläge macht, wie ein besserer Beschluss verfaßt werden könnte. Wir sollen die Wahlen des Volks allerdings ehren, aber sie auch weise leiten, und es muß für das allgemeine Beste wichtig seyn, daß Leute von beständenem Alter, Verheirathete und Hausvater, zu den Municipalstellen gewählt werden; er verzweifelt den Beschluss.

Er auser begreift nicht, wie man ein Alter von 30 Jahren für die Municipalitäten fordern könne, da die Constitution nur 25 Jahre für den großen Rath fordert; das neue Gesetz ist nötig, weil wirklich Generalinspektoren sich erlaubten, Municipalbeamte in den Dienst zu rufen.

Lafléchere stimmt der Commission bei; in diesem Augenblick soll die Vertheidigung des Vaterlands unser erstes Augenmerk seyn. Wollen wir nun durch diesen Beschluss neue 20,000 Bürger dem Dienst des Vaterlands entziehen? Und der Beschluss nimmt sie sogar vom Reservekorps aus! Wie kann man sagen, man wolle die Municipalbeamten ehren, indem man ihnen die erste Pflicht des Bürgers abnimmt. Würde der Beschluss allenfalls sich auf den Elitendienst einschränken, so wäre er annehmlich; auf andere Art ist er es nicht.

Meyer v. Arau findet, der Beschluss nehme auch keinen einzigen Mann der Vertheidigung des Vaterlands weg; jede Gemeinde muß ihre durchs Gesetz bestimmte Anzahl liefern, und also an der Stelle ihrer Municipalen andere. Lafléchere erwiedert, daß er vom Reservekorps sprach, dem allerdings die 20,000 entzogen werden.

Lang stimmt der Commission bei, und glaubt, die Ausnahme würde über 30,000 Mann begreifen.

Devevey findet den Beschluß auf Grundsätze der Gerechtigkeit und Gleichheit gegründet. Die Municipalen gehören in die gleiche Reihe der übrigen Autoritäten der Republik — und müssen wie diese vom Militardienst ausgenommen werden. — Die größte Zahl der gewählten Municipalen werden schon sonst durch ihr Alter vom Dienste ausgenommen seyn; von erfüllwirkender Kraft kann hier überall die Rede nicht seyn; der Beschluß enthält nur eine Erklärung eines früheren Gesetzes. Er nimmt denselben an.

Fuchs wünscht eben weil er die Wichtigkeit der Municipalbeamten einseht, daß lauter erfahrene und vernünftige Männer an diese Stellen kommen; aber der gegenwärtige Beschluß würde dieselben in die Hände unerfahrener, junger und reicher Bürger bringen und allen Intrigen die Thüre öffnen; die Souverainität des Volks wird nicht angegriffen, denn das gesamte Volk, nicht die einzelnen Gemeinden stellen den Souverain vor.

Meyer v. Arb. nimmt den Beschluß an; die Resolution ist gerecht und der Freiheit des Volks angemessen; die Wahlen des Volks sollen ungefähr gelassen werden; die Armen werden sich schon hüten den Reichen ausschließlich ihre Stimmen zu geben, da sie an ihrer Stelle ins Feld ziehen müßten.

Fornersd ist gleicher Meinung; die Municipalen sind Repräsentanten des Volks, gleich den übrigen Volksmagistraten; in Frankreich haben die Municipalitäten die Freiheit gerettet; er kann sich nicht genug wundern, daß man einen so weisen, vernünftigen und gerechten Beschluß nicht sollte annehmen wollen.

Pfyffer findet, daß wenn je Beamte im Fall der Ausnahme vom Militardienst seyn sollen, das bei den Municipalen der Fall ist; ihnen liegt genaue Aufsicht über die Gemeinden und die Erhaltung der Ruhe in den Gemeinden ob; dazu bedürfen sie des Zutrauens der Gemeinde, und um dieses Zutrauen zu haben, müssen die Wahlen des Volks frei und unbeschränkt seyn. Er stimmt zur Annahme.

Rubli glaubt mit Usteri, der Beschluß sei eigentlich ganz überflüssig, da nach dem Gesetz vom 13. Dec. alle öffentlichen Beamten vom Militardienst ausgenommen sind. Wir haben mittelbare und unmittelbare Volkswahlen in unserer Verfassung; warum sollten die durch jene gewählten Magistraten vom Kriegsdienst angenommen; die unmittelbar Gewählten, die dazu noch die mühsamsten und unbelohntesten Arbeiten haben, diez hingegen nicht seyn? — Wann die Reichen intrigiren wollen, so werden sie es nicht um solche, wie die Erfahrung zeigt, nirgends gesuchte Stellen thun. — Er stimmt zur Annahme.

(Die Fortschung folgt.)